

## Die Ratssitzung am 20. Dezember 2016



### ***Inhalt „Rat im Rückblick“:***

#### *26. Sitzung des Rates am 20.12.2016*

*Optimierung und Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung*

*Sportentwicklungsplanung – Kunstrasenplatzprogramm fortschreiben und beschleunigen*

*Bauwagenplatz „Wem gehört die Welt“*

*Straßenreinigung und Abfallgebühren*

*Neue Stadtordnung mit lebensnahen Regelungen.*

*Angleichung der Honorare für VHS-Dozierende*

*Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier*

*Mindeststandards für die Unterbringung von Geflüchteten*

*Köln I(i)ebt Diversity – Diversity Konzept*

*Sanierung des Filmhaus Köln*

*Wohnungsbauoffensive*

*Neue Flächen für den Wohnungsbau*

*Köln für Metropolregion Rheinland*

*Personelle Umbesetzung bei den GRÜNEN*

*Neues Wohnquartier in Rondorf Nordwest*

*Krematorium der Stadt Köln in Konzessionsvergabe*

## Rat im Rückblick

### 26. Sitzung des Rates am 20.12.2016

*Die letzte Ratssitzung des Jahres 2016 stand unter dem Eindruck des barbarischen Terroranschlags auf den Weihnachtsmarkt in Berlin. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt Oberbürgermeisterin Henriette Reker als Zeichen der Anteilnahme und Solidarität eine kurze Ansprache. Der Rat hielt eine Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer inne.*

*Im Anschluss erinnerte die Oberbürgermeisterin an das am 17.11. verstorbene CDU-Ratsmitglied Birgit Gordes. Sie würdigte die Verstorbene als sehr engagierte, kooperative und kommunikative Kollegin.*

*Alle Antragstellenden verzichteten angesichts der Situation auf die Durchführung einer Aktuellen Stunde.*

*Im Mittelpunkt der Ratssitzung standen der Wohnungsbau und die Zukunft der städtischen Wirtschaftsförderung. Die wesentlichen Ratsentscheidungen im Überblick:*

#### Optimierung und Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung

Da die amtierende Beigeordnete für Wirtschaft und Liegenschaften, Ute Berg (SPD), Ende März 2017 vorzeitig aus dem Amt scheiden möchte, haben CDU und GRÜNE mit Unterstützung der FDP-Fraktion einen Auftrag an die Verwaltung eingebracht, die städtische Wirtschaftsförderung der Stadt Köln zu optimieren und zu stärken. Dazu sollen Organisation und Arbeitsweise der kommunalen Wirtschaftsförderung in den zehn größten Städten Deutschlands vergleichend betrachtet werden, um daraus Schlüsse für die Aufstellung der Kölner Wirtschaftsförderung zu ziehen. Der Auftrag soll zügig – möglichst bis zum Ende des ersten Quartals 2017 – bearbeitet werden. Die Untersuchung dient der Entscheidung über die zukünftige Gestaltung von Wirtschafts- und Tourismusförderung in Köln. Der Antrag wurde gegen SPD und Linke beschlossen. Jörg Frank, wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion, betonte: „Unser Ziel ist die Erhöhung der Handlungseffizienz und Kundenorientierung. Wir benötigen ein besseres integriertes und projektorientiertes Zusammenwirken der Wirtschaftsförderung mit der Stadtplanung und den Genehmigungsbehörden, um den heutigen Anforderungen der Bestandspflege und der Neuansiedlung von Unternehmen gerecht zu werden. Das gilt vor allem auch für die Betreuung von Start Ups.“ Aus seiner Sicht geht die Diskussion, ob das Wirtschaftsdezernat mit dem Verkehrsdezernat zusammengelegt wird, wie es der schwarz-grüne Kooperationsvertrag vorsieht, am Thema vorbei: „Entscheidend ist nicht die Anzahl der Dezernate, sondern das effiziente und kooperative Handeln der Ämter und ihrer Führungskräfte, die auf die heutigen Erfordernisse Antworten haben müssen.“, so Frank.

- Im Original: [Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion](#)



#### Sportentwicklungsplanung – Kunstrasenplatzprogramm fortschreiben und beschleunigen



CDU und GRÜNE setzten dem SPD-Antrag einen eigenen Antrag entgegen, der schließlich von CDU und GRÜNE mit Unterstützung der FDP beschlossen wurde mit dem Ziel, die Verwaltung mit der langfristigen Fortsetzung des Kunstrasenplatzprogramms als eine Teilaufgabe der Sportentwicklungsplanung zu beauftragen. Dabei sind drei Komponenten zu betrachten und zu gewichten: Neubau von städtischen Kunstrasenplätzen, notwendige Sanierungen vorhandener Kunstrasenplätze,

Bauvorhaben von Vereinen in Eigenregie. Bis die vom Sportausschuss am 3.11.2016 beauftragte Sportentwicklungsplanung vorliegt, wird das bestehende Kunstrasenprogramm im Rahmen des geltenden Haushaltsplans fortgeführt.

- Im Original: [Antrag der SPD-Fraktion "Sportentwicklungsplanung – Kunstrasenplatzprogramm fortschreiben und beschleunigen"](#)  
[Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion](#)

### **Bauwagenplatz „Wem gehört die Welt“**

Der von der GUTE-Gruppe eingebrachte Antrag wurde zusammen mit TOP 10.37 „StEK Wohnen: Neue Flächen für Wohnungsbau“ behandelt und nach Debatte von der GUTE Gruppe zurückgezogen. Auch weiterhin sollen in Köln Möglichkeiten für alternative Wohn- und Lebensformen bestehen, wie sie die „Bauwagen-Gruppe“ auf dem städtischen Grundstück Ecke Innere Kanalstraße / Krefelder Straße seit Jahren praktiziert. Insofern haben die GRÜNEN darauf hingewirkt, dass dies im Ratsbeschluss zum Wohnungsbau weiterhin berücksichtigt wird. Die GRÜNEN werden sich für Standortalternativen einsetzen. Der Rat beschloss daher: „Das Grundstück eignet sich grundsätzlich für Wohnungsbau. Die Verwaltung wird beauftragt, die größtmögliche Nutzung für Wohnungsbau unter Berücksichtigung der Lärmemissionen zu prüfen und darzulegen. Der derzeit dort ansässigen Bauwagen-Gruppe sollen geeignete Grundstücke zur Verlagerung angeboten werden.“ Laut vorläufiger Prüfung der Fachverwaltung könnten auf dem 6.000 qm großen Grundstück bis zu 150 Wohneinheiten entstehen.

- Im Original: [Antrag der Gruppe GUT "Bauwagenplatz "Wem gehört die Welt"](#)

### **Straßenreinigung und Abfallgebühren (Zusammenfassung)**

Die Stadt erhöht im kommenden Jahr die Gebühren für Abfall und Straßenreinigung. Die Erhöhung ist allerdings geringfügig. Bei den Abfallgebühren muss eine vierköpfige Familie mit knapp sechs Euro Mehrkosten im Jahr rechnen, die Straßenreinigungskosten steigen pro Jahr um etwa drei Euro. Ursache für die Erhöhung sind unter anderem ein gesteigener Leistungsumfang sowie eine Kostensteigerung bei der Verbrennung (+ 6 %). Zum Beispiel sind durch sinkende Preise an der Energiebörse die Erlöse gefallen. Auch sind die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) für die Beseitigung des wilden Mülls zuständig. Vor allem dieser Bereich musste in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet werden, weil an heißen Sommertagen Kölns Grünflächen erheblich vermüllt werden.



- Im Original: [4. Änderung der Straßenreinigungssatzung und Erhebung von Straßenreinigungsgeldern](#)  
[Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln](#)

### **Neue Stadtordnung mit lebensnahen Regelungen.**

Die vom ehemaligen Stadtdirektor Kahlen eingebrachten restriktiven Verbote für Straßenmusik und – Straßenkunst – insbesondere im Domumfeld - sind nun endgültig vom Tisch. Auch das „Wegbier“ bleibt erhalten. Damit bleibt Köln eine lebendige und offene Stadt.

Mehrheitlich mit der CDU haben GRÜNE moderate und sinnvolle Änderungen im Fachausschuss durchgesetzt, dem jetzt der Rat folgte. So wird nun eine Lautsprecher-freie Schutzzone um den Dom und ein Standortwechsel für Straßenmusik mit 300 Metern Entfernung festgelegt. Andere Kunstdarbietungen sind auch am Dom weiter möglich. Somit wurde der Verwaltungsvorschlag sinnvoll entschärft.



Die Kritik der SPD, niedrigschwellige Hilfsangebote würden nicht weiterverfolgt, trifft nicht zu. GRÜNE und CDU wollen im Ausschuss Soziales und Senioren die Verwaltung konkret beauftragen, die bestehenden Hilfsangebote auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und zusätzliche niedrigschwellige Angebote bei Bedarf auszubauen. „Die Weiterentwicklung solcher Hilfsangebote kann und darf kein Anhängsel der Kölner Stadtordnung sein! Aus diesem Grund haben wir diese Aufgabe in den Sozialausschuss verwiesen. Mit den nun beschlossenen Änderungen der Stadtordnung wurde eine gute Balance zwischen dem freiem, urbanen Lebensgefühl und notwendigen Regeln gefunden. In 2018 werden wir nach einem Erfahrungsbericht bei Bedarf Änderungen vornehmen.“, erklärte Manfred Richter, grüner Sprecher im Verwaltungsausschuss.

- Im Original: [Änderung der Kölner Stadtordnung \(KSO\)](#)  
[Rede von Manfred Richter](#)  
[Grüne Pressemitteilung: Rote Karte für Verbotswahn! Neue Kölner Stadtordnung mit lebensnahen Regelungen](#)

### Angleichung der Honorare für VHS-Dozierende



Zum 1. Januar 2017 werden endlich die Honorare der VHS-Dozierenden im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ (DaF) erhöht und sind nun gleich hoch wie die Honorare der VHS-Dozierenden in den Integrationskursen. Das haben Finanzausschuss und jetzt auch der Rat beschlossen. Seit Jahren wollte die grüne Ratsfraktion den Wunsch der VHS-Dozierenden nach besserer Bezahlung umsetzen, wofür sie aber früher keine Mehrheit fand. Das hat sich nun in diesem Jahr geändert.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hatte zum 01.07.2016 bereits die Honorare der VHS-Integrationskurs-Dozierenden auf 35 € erhöht. Der Bereich Deutsch als Fremdsprache (DaF) wurde aber bislang nicht berücksichtigt. Dadurch war ein starkes Ungleichgewicht entstanden, denn die Bereiche der Integrationskurse und die der Kurse Deutsch als Fremdsprache sind in ihren Zielgruppen sowie mit Blick auf die erbrachte Leistung der Dozierenden vergleichbar. Verständlicherweise hatte sich beim Lehrkörper selbst großer Ärger angestaut.

Die Verwaltung hatte zwar in ihrer Beschlussvorlage eine Anhebung der Honorare der DaF-Dozierenden vorgeschlagen, jedoch auf 26 bzw. 28 €. Dadurch hätte die Ungleichbehandlung weiterhin bestanden. Durch den von den GRÜNEN vorangetriebenen Ratsbeschluss wurde nun sogar mit breiter Mehrheit von GRÜNE, CDU, SPD, Linke, FDP dieser Missstand endlich beseitigt.

- Im Original: [Angleichung der Honorare für Dozierende bei der VHS Köln im Bereich "Deutsch als Fremdsprache"](#)  
[Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion](#)  
[Grüne Pressemitteilung: Was lange währt... Gerechte Erhöhung der VHS-Dozentenhonore](#)

### Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier



Der Rat hat nun abschließend mit der Mehrheit von CDU, GRÜNE, FDP und GUT gegen die SPD und bei Enthaltung von Linke, Piraten und Oberbürgermeisterin beschlossen, im Clouth-Quartier „das jfc-Medienzentrum und die Kölner Spielwerkstatt anzusiedeln. Die Verwaltung beabsichtigte, auf dem Clouth-Areal ein Jugendzentrum in Trägerschaft der Jugendzentren Köln gGmbH mit medienpädagogi-

scher Spezialisierung einzurichten. Dies entspricht aber nicht den Vorstellungen des Kooperationsbündnisses.

Grundsätzlich begrüßen die GRÜNEN sowohl eine neue Jugendeinrichtung, als auch den Aufbau einer medienpädagogisch spezialisierten Einrichtung. Allerdings möchten sie neue Einrichtungen dort ansiedeln, wo der Jugendhilfebedarf in Köln auch tatsächlich am größten und die durch den öffentlichen Nahverkehr auch gut erreichbar ist.

Nun wird im Clouth-Quartier in der Halle 17 mit der Kölner Spielewerkstatt e.V. ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe tätig. Im „Luftschiff“ sollen kulturpädagogische und künstlerische Angebote für Kinder und Jugendliche mit ehrenamtlichem Engagement in Nippes verzahnt werden. An zwei Nachmittagen in der Woche will der Träger für ein kostenfreies, offenes Kinder- und Jugendangebot sorgen.

- Im Original: [Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes in Trägerschaft der Jugendzentren](#)  
[Grüne Pressemitteilung: Spielewerkstatt und jfc-Medienzentrum im neuen Clouth-Quartier](#)

### Mindeststandards für die Unterbringung von Geflüchteten



Nach schwierigen Verhandlungen konnten sich alle demokratischen Kräfte auf die zukünftigen Mindeststandards einigen. Der gemeinsame Antrag zur Änderung der unzureichenden Verwaltungsvorlage wurde inklusive Finanzierung im Rat einmütig beschlossen. Der Rat bekräftigte zudem den Ratsbeschluss über die Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen vom 20.07.2004 als weitere Handlungsgrundlage. Die Mindeststandards sind Handlungsgrundlage zur Überbrückung der derzeitigen akuten Notlage. Das ist ein

wirklicher Erfolg.

Zurzeit leben noch über 5.000 Geflüchtete in Notunterkünften, wie z.B. Turn- und Leichtbauhallen. Der Grund ist die sprunghaft gestiegene Zahl von Flüchtlingen im letzten Jahr und der akute Wohnraummangel in Köln.

„Sehr erfreulich ist nun, dass uns eine Einigung mit allen demokratischen Kräften im Rat gelungen ist. Sie legen fest, welche sozialen, medizinischen und betreuerischen Leistungen eingehalten werden müssen. Auch haben wir die Haushaltsfinanzierung klären können.“, erklärt *Marion Heuser*, sozialpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion. Die Unterbringung in Turnhallen ist die schlechteste Form. Bett an Bett mit zum Teil völlig fremden Menschen zu leben, keinerlei Privatsphäre zu haben. Das ist insbesondere für Kinder und traumatisierte Menschen kaum erträglich.

„Für uns gilt, je schlechter die Unterkunft ist, desto besser muss die Betreuung sein. Nun wird zügig der Betreuungsschlüssel 1:60 statt bisher 1:80 in den Notunterkünften umgesetzt.“

Die zweite Priorität liegt auf der stärkeren professionellen Unterstützung der ehrenamtlich Engagierten in den Flüchtlingsunterkünften. Bedarfsorientiert sollen zusätzliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingesetzt werden.“, erläutert Marion Heuser den Ratsbeschluss.

- Im Original: [Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten](#)  
[Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT](#)

### Sanierung des Filmhaus Köln

Das Kölner Filmhaus kann endlich grundsaniert werden, damit es der freien Filmkultur schnellstmöglich wieder zur Verfügung steht. Die GRÜNEN freuen sich, dass der von ihnen initiierte Ratsbeschluss aus Juli 2013 endlich umgesetzt wird. Er beinhaltet auch die Neuausschreibung für einen neuen freien Träger des Filmhauses, die nach der Sanierung ebenfalls erfolgen soll.

- Im Original: [Städtische Liegenschaft Maybachstr. 111 "Filmhaus Köln", 50670 Köln hier: Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten](#)

### Köln l(i)ebt Diversity – Diversity Konzept



Köln setzt als erste deutsche Stadt ein Diversity-Konzept um. Dies hat der Rat nun beschlossen. Das Konzept wurde auf im Auftrag des Rates von der "Dienststelle Diversity" erarbeitet. Diversity kein Konzept für Minderheiten, sondern vielmehr ein ganzheitliches Konzept zum Umgang mit personeller und kultureller Vielfalt in der Verwaltung – zum Nutzen aller Beteiligten. Das Konzept bezieht sich zunächst auf die Bereiche der Stadt Köln als Arbeitgeberin und Dienstleisterin. Dadurch soll eine Kultur der Wertschätzung und Nichtdiskriminierung etabliert

und gefördert werden.

- Im Original: [2020: Köln l\(i\)ebt Vielfalt - Diversity Konzept](#)

### Neue Flächen für den Wohnungsbau – StEK Wohnen

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD wurden neue Flächen für den Wohnungsbau beschlossen, für die nun Bauleitplanverfahren gestartet werden. Dabei sind die Entwicklung der Infrastruktur (Verkehrsanbindung, Schulen etc.) und die Anforderungen an Umweltschutzziele zu berücksichtigen. Zudem soll das städtische Programm zur Schließung noch offener Baulücken reaktiviert werden.



Dem Ratsbeschluss war eine mehrmonatige intensive Diskussion in den Fachausschüssen vorausgegangen, in denen um tragfähige Kompromisse gerungen wurde. Jede von der Verwaltung vorgeschlagene

Fläche wurde geprüft. Dabei mussten unterschiedliche Bedarfe abgewogen werden. Für die GRÜNEN war wichtig, Grünzüge nicht zu beeinträchtigen oder zu zerstören und den Wohnungsbau mit den notwendigen Umweltauflagen in Einklang zu bringen. So werden z.B. die Schrebergartenanlage an der Inneren Kanalstraße und die Pferderennbahn in Weidenpesch nicht bebaut. Der Grünzug West bleibt unversehrt. Mindergenutzte Flächen sollen besser genutzt und seitens des Kooperativen Baulandmodells immer mindestens 30% öffentlich geförderter Wohnungsbau auf den Bauflächen realisiert werden. Der von CDU und GRÜNE im Stadtentwicklungsausschuss beschlossene Antrag, der ein sinnvoller und tragfähiger Kompromiss darstellt, wurde vom Rat mehrheitlich gebilligt.

Fraktionsvorsitzende **Kirsten Jahn** erklärte: „Die wachsende Stadt gestalten – dies ist unser Ziel. Heute wurde ein historischer Beschluss gefasst. Knapp 100 Flächen stehen nun für den Wohnungsbau bereit. Wir wollen eine Balance zwischen Wohnungsbau und Freiräumen sicherstellen. München hat parallel zur Flächenentwicklung den ÖPNV ausgebaut. Dies müssen wir auch in Köln hinbekommen. Mitwachsen muss auch die soziale Infrastruktur. Bei der Bearbeitung der Vorlage gab es zahlreiche Flächen, die für Kitas reserviert waren. Dies ist gut, aber eine kompakte, urbane Stadt muss eine Fläche optimal nutzen. Kitas werden meist nur einstöckig gebaut, oben drüber können aber Wohnungen entstehen.“

- Im Original: [Umsetzung STEK Wohnen - hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau](#)

### Wohnungsbauoffensive

Mehrheitlich – gegen die Stimmen von SPD und Linke – wurde die "Wohnungsbauoffensive" beschlossen. Mit diesem Beschluss wurde die Verwaltung nun konkret beauftragt, dafür geeignete städtische Grundstücke unmittelbar für Wohnungsbau vorzusehen. „Eine Umsetzung kann nun zeitnah erfolgen. Dies soll bei fünf Flächen in Form der Direktvergabe an Wohnungsbaugenossenschaft-

ten, die von der Stadt geführten GAG AG oder der Wohnungsbaugesellschaft der Stadtwerke, geschehen. Analog zum Beschluss über neue Wohnungsbauflächen haben wir Areale, die aus Umweltgründen ungeeignet sind, herausgenommen. Ein ausgewogener Freiflächenschutz ist für eine wachsende Stadt unverzichtbar. Die Kritik der SPD, wir würden zu wenig für Wohnungsbauflächen ausweisen, geht ins Leere. Wir wollen die Fehler sozialdemokratischer Beton-Politik in den 1970er Jahren nicht wiederholen.“, erläuterte **Jörg Frank**, Vorsitzender des Liegenschaftsausschusses. Festgelegt wurde, dass die Grundstücke für öffentlich geförderten Wohnungsbau sowie konventionellen Wohnungsbau für Flüchtlinge und ein Anteil für frei finanzierten Wohnungsbau genutzt werden. Die Unterbringung von Geflüchteten in konventionellem Wohnungsbau fördert die Integration. Für jede Fläche ist eine sozialräumliche Bewertung durchzuführen, um das jeweils geeignete Maß der sozialen Mischung festzulegen. In der Gesamtbilanz sollen mindestens 60% öffentlich-geförderter bzw. konventioneller Wohnungsbau für Flüchtlinge entstehen. Zugleich wurden mit diesem Beschluss das Liegenschafts- und das Stadtplanungsamt mit mehr Personal ausgestattet, um die dringende Aufgabe Wohnungsbau auch umsetzen zu können.

- Im Original:

[Wohnungsbauoffensive](#)

[Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen](#)

## Köln für Metropolregion Rheinland



Einstimmig fasste der Rat einen Grundsatzbeschluss zur Gründungsmitgliedschaft der Stadt Köln im Verein „Metropolregion Rheinland“. Der Vorschlag der Verwaltung wurde durch einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Kräfte ergänzt. Auf dieser Basis soll nun die Oberbürgermeisterin die weiteren Gründungsverhandlungen führen. Mit der Gründung einer „Metropolregion Rheinland“ soll die regionale Kooperation auf eine deutlich breitere räumliche Basis gestellt und die beteiligten kommunalen

Gebietskörperschaften als gemeinsame Region in einem Europa der Regionen optimal positioniert werden. Es wird die Gründung eines Zusammenschlusses zur „Metropolregion Rheinland“ in Form eines Vereins angestrebt. Der Rat stellt klar: Die Gründung des Vereins ist ein erster Schritt auf dem Weg zu einer demokratisch legitimierten und verfassten Struktur, die durch ein Landesgesetz oder die Bildung eines Zweckverbandes der Gebietskörperschaften erreicht werden kann. Die Gebietskörperschaften sollen nicht nur durch die Hauptverwaltungsbeamten, sondern auch durch die gewählten Mitglieder der Räte der kreisfreien Städte und Kreistage im erweiterten Vorstand repräsentiert sein. Der Sitz des Vereins soll in Köln sein.

- Im Original:

[Grundsatzbeschluss zur Gründungsmitgliedschaft der Stadt Köln im Metropolregion Rheinland e.V.](#)

## Personelle Umbesetzung bei den GRÜNEN

Im **Rechnungsprüfungsausschuss** übernimmt Hans Schwanitz anstelle von Gerd Brust die **Sprecherfunktion** für die grüne Fraktion. Gerd Brust wechselt in den Ausschuss Schule und Weiterbildung anstelle von Svenja Rabenstein. Damit bündelt die Fraktion ihre Baukompetenz für den Schulneubau. **Luisa Schwab** arbeitet anstelle von Hans Schwanitz im Sozialausschuss. Im **Stadtentwicklungsausschuss** agiert anstelle von Luisa Schwab **Hans Schwanitz**. Alle Umbesetzungen wurden vom Rat bestätigt

## Neues Wohnquartier in Rondorf Nordwest

Durch den nun vom Rat beschlossenen Verkauf einer 14,5 ha großen städtischen Fläche an eine Projektentwicklungsgesellschaft wird nun ein neues Wohnquartier auf Basis der vom Rat gesetzten Zielvorgaben entstehen. Dafür wird ein Bebauungsplan aufgestellt, der derzeit im Stadtentwicklungsausschuss bearbeitet wird. Seit 2007 ist diese Fläche für Wohnungsbau im Gespräch und wurde im Wohnungsbauprogramm 2015 aufgenommen. Es entstehen über 200 Wohneinheiten mit dem in Köln obligatorischen Anteil von 30% öffentlich gefördertem Wohnungsbau. Außerdem wird der Investor Wohnungen für Geflüchtete anbieten. Für die verkehrliche Erschließung wird so nun auch die Planung für die vierte Baustufe der Nord-Stadtbahn immer dringender. Der Bau der Ringstraße Rondorf Nord wird zeitgleich mit der Bebauung erfolgen.

## Krematorium der Stadt Köln in Konzessionsvergabe



Bislang wird das Krematorium von der Stadt betrieben. Seit einigen Jahren sinken aber die Fallzahlen, weil private Groß-Krematorien im Kölner Umland viele Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Kölner Bestatter haben (z.B. Mengenrabatt), die der Kölner Verwaltung durch Gebührenrecht verwehrt sind. Um hier wieder am Markt konkurrenzfähig zu werden, soll nun ein Konzessionsnehmer für das Krematorium gefunden werden. Den Mitarbeitenden wird dabei ein Rückkehrrecht zur Stadtverwaltung eingeräumt.

Der Streit um den Verbleib des Zahngoldes in der Asche, wurde allerdings gegen die GRÜNEN entschieden: er soll auf Wunsch in der Asche verbleiben können. Die GRÜNEN sind der Meinung, dass Edelmetalle nichts im Boden zu suchen haben. Der Erlös aussortierter Metalle, z.B. künstliche Gelenke, soll aufgrund des Mehrheitsbeschlusses im Ausschuss Umwelt und Grün zukünftig einem sozialen oder karitativen Zweck zu Gute kommen. Die GRÜNEN befürworteten hingegen die bisherige Lösung, nämlich den Erlös zur Senkung der Friedhofsgebühren zu nutzen. Gerd Brust, umweltpolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion, hat die Behauptung der Linken, "dass mit dem Zahngold der Verstorbenen der städtische Haushalt aufgehübscht wird", entschieden zurückgewiesen. Gerd Brust: „Richtig ist, dass kein Cent aus dem Metall-erlös in den Haushalt geht. Die Erlöse gehen in die Gebührenrechnung für die Kremierung ein. Dadurch wird jede Kremierung um etwa 10 € billiger. Vielmehr führt der Mehrheitsbeschluss des Umweltausschusses, diese Erlöse künftig zu spenden, erst zu der von den Linken kritisierten Entlastung des Haushaltes.

---

Komplette Tagesordnung der Sitzung Rat incl. aller Vorlagen [\[Mehr\]](#)

### Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat  
Rathaus – Spanischer Bau \* Rathausplatz 1 \* 50667 Köln  
Tel.: 0221 – 211 25919 \* Fax: 0221 – 221 24555  
Mail: [Gruene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:Gruene-fraktion@stadt-koeln.de)  
[www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de)  
V.i.S.P.: Jörg Frank, Geschäftsführer